

Kraflauer Zeitung.

Nr. 106.

Dinstag den 10. Mai

1864.

Die „Kraflauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Kraflau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Antisblatt für die viergespaltene Petitzeile 5 Kr., im Anzeigebblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Ämtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Mai d. J. dem Gemeindevorsteher Anton Walle zu Pöfau und dem Gemeindevorsteher Anton Dürsorg zu Pöfau die Bewilligung der Anerkennung ihres vielfältigen verdienstlichen Wirkens in der Leitung dieser Anstalt freizustellen und zu verleihen geruht.

Se. k. k. Majestät der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer hat in Höchster Eigenschaft als Protector des k. k. österreichischen Museums für Kunst und Industrie die nachfolgend benannten Herren zu Mitgliedern des an der Leitung dieser Anstalt Theil nehmenden Curatoriums — mit der Functionsbauer von drei Jahren ernannt:

Se. Durchlaucht den regierenden Fürsten Johann von und zu Liechtenstein;

Se. Durchlaucht den k. k. geheimen Rath und Oberkammerer Fürsten Vincenz von Auersperg;

Se. Excellenz den k. k. geheimen Rath und Kammerer Grafen Czernin von und zu Chudenitz;

den k. k. Kammerer Grafen Edmund Sclay v. Basouky;

Se. Excellenz den k. k. geheimen Rath und Feldzeugmeister Franz Ritter v. Hauslab;

den Reichsraths-Abgeordneten Dr. Ferdinand Stamm;

den k. k. Professor an der Wiener Universität Dr. Ernst Brücke;

den k. k. Professor an der Akademie der bildenden Künste in Wien Carl Radnigky;

den Consul Ferdinand Friedland;

den Reichsraths-Abgeordneten Dr. Ernst Brücke;

den Mitglied des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien Melinger;

den Vice-Präsidenten der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer Franz Ritter v. Wertheim.

Se. k. k. Majestät der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer hat in Höchster Eigenschaft als Protector des k. k. österreichischen Museums für Kunst und Industrie den k. k. Sectionsrath und Generalconsulatsdirector in Paris Dr. Wilhelm Ritter von Schwarz zum Correspondenten dieses Museums ernannt.

Wiederholt hat Se. k. k. Majestät dem Sectionsrath Ritter von Schwarz für die bereits bei den Vorarbeiten für die Gründung des Museums gewährte thatkräftige Unterstützung Höchste Dank ausgesprochen.

Nichtamtlicher Theil.

Kraflau, 10. Mai.

Zur Situation wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Die dänische Regierung, die sich ungleich hartnäckiger in ihrem Widerstand gegen die Vorschläge der neutralen Mächte als die deutschen Cabinete zeigt, will gar kein Zugeständnis machen, und ihre Diplomaten sprechen sich ohne Rücksicht über die Absichten Dänemarks aus: „Wir haben nichts mehr zu verlieren; wir können die Insel Alsen räumen, wir können auch Sütlund verlassen, ohne daß unsere Stellung dadurch schlimmer würde; wir werden uns auf unseren Inseln einschließen, und dann können wir es mit der österreichischen und preussischen Flotte aufnehmen und den Krieg so lange fortsetzen, als uns beliebt.“ Und doch ist der Zorn der englischen Presse wie auch der Zorn der englischen Regierung fast ausschließlich gegen Deutschland gerichtet, da man in Wien und Berlin einschüchtern zu können hofft. Die Unterhandlungen, welche zwischen den deutschen Cabineten und den Westmächten fortgesetzt werden, dürften einen besseren Erfolg haben. In Paris glaubt man nicht an die Aufrichtigkeit der englischen Drohungen, und in London glaubt man, Frankreich wolle bloß warten, bis England unwiderruflich engagiert sei, um seinerseits die Friedensmaske fallen zu lassen. Die englische Regierung zählt ferner auf die Nothwendigkeiten, welche Desterreich eine vorsichtige Haltung aufröth-

gen, und so trifft man in Paris wie in London in dem Einen Punkt zusammen, daß man schließlich doch nicht an dem Gelingen der Conferenzen-Vermählungen verzweifelt. „Wie soll man es jetzt zu einem Krieg kommen lassen,“ so lese ich im Brief eines am französischen Hof beglaubigten Diplomaten, „nachdem man Dänemark den überlegenen deutschen Mächten preisgegeben hat? Ein Krieg in diesem Augenblick müßte die radikalste Umgestaltung nach sich ziehen. Kein Wunder also, wenn England und Desterreich einen solchen Krieg zu verhindern wünschen, und daß Frankreich ihn nicht zu hoffen wagt.“

Ein Pariser Correspondent der „R. Z.“ schreibt: Die Hoffnungen auf das Gelingen der Waffenstillstands-Verhandlungen sind hier unter Null gesunken. Freilich weiß man nicht, ob diesmal das englische Ministerium allein nachdrücklich gegen Deutschland zu Gunsten Dänemarks aufzutreten beabsichtigt, jedenfalls aber — so weit sich die Situation bis jetzt übersehen läßt — ist man hier fest entschlossen, sich nicht in den Streit direct einzumischen, wogegen man andererseits auch der Ansicht sein soll, daß Russland und England in ihrem Auftreten für Dänemark völlig freie Hand gelassen werden müßte.

Man erwartet, daß die Londoner Conferenzen in ihrer heute oder morgen stattfindenden Sitzung die Waffenruhe zum Abschluss bringt, beinahe hat Preußen die namentlich von ihm gestellte Forderung der Auslieferung der gefaperten deutschen Schiffe fallen lassen. Die vom F.M. Wrangel Sütlund behufs Schadloshaltung der deutschen Rheber auferlegte Contribution im Betrage von 750.000 Thalern ist bezahlt worden, und wenigstens pro forma ihm von Dänemark Entschädigung geboten. Im übrigen begnügen sich die deutschen Großmächte mit der Proposition, Sütlund gegen Aufhebung der Blockade und Uebergabe der Insel Alsen zu räumen. Dies geht deutlich aus den neuesten Erklärungen der officiösen „Nordd. Allg. Ztg.“ hervor, und wenn nicht noch Dänemark ablehnt, an dem Widerstreben der deutschen Großmächte wird die Herstellung der Waffenruhe nicht mehr scheitern.

Die Instructionen, welche Fürst de la Tour d'Auvergne von Paris aus zur Conferenzen erhalten hat, sind, dem „Mem. diplom.“ zufolge, „veröhnlichster Art und wohl geeignet, Frankreich zum Vermittler der einander gegenüberstehenden Ansprüche zu machen; denn Frankreich will keineswegs die Arrangements von 1852 außer Kraft setzen, aber wenn die Souveränität des Königs von Dänemark über die Herzogthümer modificiert werden müßte, so wird Frankreich darauf bestehen, daß den Conferenzen-Verhandlungen der ausdrückliche Wunsch der Bevölkerung (Schleswig-Holsteins) zu Grunde gelegt werden müsse, damit nicht wieder ein so ohnmächtiges Werk wie 1852 entstehe.“ Uebrigens ist das „Mem.“ der Ansicht, daß ein Einstellen der Feindseligkeiten zu Lande auch die Aufhebung der Blockade mit sich bringt.

In einem Artikel über die neueste Phase der Waffenstillstands-Frage sagt „La Presse“: „Wenn Dänemark wider alles Erwarten die Aufhebung der Blockade verweigert, so sind die deutschen Großmächte entschlossen, den Waffenstillstand abzulehnen und die Verantwortlichkeit für alle weiteren Folgen auf Dänemark zuwälzen.“

Zwischen den beiden Westmächten, schreibt man aus Paris den „Hamb. Nachr.“, scheint eine starke Erkaltung eingetreten zu sein. England fühlt sich zurückgestoßen durch die zweideutige, oder wie man sich in London ausdrückt: „mehr als unentschiedene“ Haltung, die Frankreich neuerdings der schleswig-holsteinischen Conferenzen-Angelegenheit gezeigt habe. Das Auslaufen der englischen Flotte nach der Ostsee unterließ im Grunde nur deshalb — und man glaubt hier aus sehr unterrichteter Quelle zu schöpfen — weil das französische Gouvernement sich geweigert hatte, eine französische Flottenabtheilung mit ähnlichen Instructionen, wie die, welche der englischen erteilt werden sollten und die man in Paris angegeben hatte, nach dem Baltischen Meer zu entsenden.

Die „France“ will wissen, daß sehr ernsthafte persönliche Zwistigkeiten zwischen dem dänischen Gesandten in London, Hrn. v. Bille und dem dänischen Conferenzenbevollmächtigten, Hrn. v. Quaade, ausgebrochen seien.

Mit dem diplomatischen Triumphe des Grafen Clarendon in seiner jüngsten Mission in Paris hat man wirklich zu früh geprahlt. „Morn. Post“ und „Daily News“ lassen sich jetzt selbst von ihren französischen Correspondenten schreiben, daß die Beziehungen zwischen den beiden Westmächten nicht besser geworden sind und der Daily-News-Correspondent hält es außerdem für gewiß, daß Frankreich sich durchaus nicht anstrengen werde, einen deutsch-dänischen Waffenstillstand zu Wege zu bringen.

Nach der Pariser „Presse“ wurde am 7. d. noch Lord Grandville's und Lord Clarendon's Ankunft in Paris erwartet. Ihrer Reise wird ein politischer Zweck zugeschrieben.

Herr v. Beust ist am 5. von der Königin Victoria in Osborne empfangen worden. Die Königin wird deshalb sowohl, als wegen der Sendung des Prinzen Alfred nach Berlin von den Journalen arg getadelt.

Es heißt, der Kaiser L. Napoleon habe ein Schreiben des Königs der Belgier erhalten, in welchem derselbe seine Ueberzeugung dahin ausdrückt, daß in Europa und namentlich für Deutschland nicht eher Ruhe zu erzielen sei, als bis die dänischen Inseln zu einem skandinavischen Reiche geschlagen und die Herzogthümer mit Deutschland untrennbar verbunden würden. Nur so sei ein wirkliches Gleichgewicht im Norden Europa's herzustellen. Der Haß zwischen den Bewohnern Schleswig-Holsteins und Dänemarks sei so groß, daß an ein friedliches Zusammenleben beider Volksstämme unter einem Scepter nicht zu denken sei, übrigens aber sei die Stimmung in Deutschland von der Art, daß ohne Trennung der Herzogthümer von Dänemark ein gewaltthätiges Aufstehen aller deutschen Völker zu fürchten sei.

England gibt seinen Anmuth gegen die deutschen Großmächte in jeder Kleinigkeit zu erkennen. Gines der österreichischen Kriegsschiffe, welche in die Nordsee entsendet worden sind, hat im Canal eine, übrigens nicht erhebliche Verletzung an der Schanzverkleidung erlitten. Es ist unter befreundeten Staaten Sitte, daß sie die Schäden und Havarien ihrer Kriegsschiffe sich gegenseitig repariren. England hat dies im vorliegenden Fall abgelehnt. Der österreichische

Schiffscapitän mußte die Reparatur durch Private in England besorgen lassen.

Der Wortlaut der, wie gestern erwähnt, in Holstein und Schleswig zu Stand gekommenen Petition an den König von Preußen liegt nun vor. Merkwürdigerweise erwähnt diese Petition der Leistungen der Desterreicher in Schleswig mit keinem Worte auch nur nebenher. Alles haben die Preußen gethan. „Des deutschen Namens Ehre und Ansehen ist gestiegen durch der Preußen That, und jeder einzelne Preusse und Deutsche gilt fortan höher in der Scala der Nationen.“ Die Adresse beschwört sodann den König von Preußen, gegen Dänemark keine Großmuth zu üben, welche Grausamkeit gegen Schleswig-Holstein wäre. Preußen möge nicht gestatten, daß der Däne wieder in das Land komme, worauf die Petition, mit der Bitte um Einverleibung in Preußen, in folgender Weise schließt:

„Königliche Majestät! Ein gemeinsames Band des Schicksals und Truges gegen Dänemark und jeden andern äußern Feind umschlinge unser Land bis zur Königsau mit Preußen! Schleswigs Söhne sind bereit, ihre Seetüchtigkeit auf der preussisch-deutschen Kriegsmarine zu bewähren, und mit Preußen und Deutschland gegen ganz Europa einzutreten für des preussisch-deutschen Reiches Gränze an der Königsau, und für der Herzogthümer Selbstregierungsrecht und innere provinciale und locale Freiheit und Selbstständigkeit.“

Die „Integrität“ des preussisch-deutschen Reiches deutscher Nation bis zur Königsau und die innere Selbstständigkeit der Herzogthümer, das sei unser, sei Preußens und ganz Deutschlands oberstes Princip, Feldgeschrei und Lozung! Königliche Majestät! Der Geist Friedrich's des Großen steht auf Eure Majestät, auf das preussische Kriegsheer, auf uns, auf ganz Deutschland herab.

Wäge der Gott der Heerführer und Schlachten, der auch der Gott des Völkerglücks und der Wohlfahrt des Einzelnen ist, Eurer Majestät Herz leiten, daß es in dieser, für unsere, für Preußens und Deutschlands Zukunft vielleicht auf Jahrhunderte entscheidenden Zeit, unbekümmert um der Engländer, Russen, Franzosen Dreizehn, sich einschleife und handle, wie Eurer Majestät großer Ahnherr, wie König Friedrich solcher Lage und Aufgabe gegenüber sich entschlossen und gehandelt haben würde.“

Die „N. A. Z.“ begleitet dieses Document mit folgenden Worten: Man sieht aus diesem bedeutsamen Actenstücke, daß Preußens durch nichts beirrte Politik der That den Anschauungen, Hoffnungen und Wünschen der Bevölkerung der Herzogthümer bereits eine ganz bestimmte und reale Richtung verliehen hat.

Die am 8. d. in Rendsburg stattgehabte Volksversammlung war von beiläufig 55.000 Menschen besucht. Dieselbe faßte folgende Resolutionen: „Wir halten unerschütterlich fest an unserm guten Recht; getrennt von Dänemark wollen wir ein freies Schleswig-Holstein unter dem angestammten Herzog Friedrich VIII.; wir fordern, daß den Vertretern des Landes Gelegenheit werde, für unser Recht feierlich Zeugnis abzulegen; wir sind entschlossen unser Bestes einzusetzen.“ Außerdem wurde den allirten Armeen ein Dank votirt. „Schließlich verlangen wir, daß die wehrhaften Mannschaften der Herzogthümer sich an dem ferneren Befreiungskampf betheiligen. Welche von beiden Rundgebungen ist nun der Ausdruck des Volkswillens?“

Reuillon.

Proceß Pommerais.

Vor einigen Monaten verbreitete sich in Paris plötzlich die Nachricht, daß ein bekannter, einer alten und angesehenen Familie angehöriger Arzt verhaftet worden sei, angeklagt, seine Maitresse, deren Leben er zu seinen Gunsten für die Summe von 550.000 Francs versichert hatte, vergiftet zu haben. Anfangs wollte niemand an die Wahrheit dieser Nachricht glauben, die Journale sprachen nur mit größter Vorsicht von dieser Angelegenheit, ohne auch nur andeutend den Namen des betreffenden Arztes zu nennen. Die Verhaftung desselben wurde aber aufrecht gehalten, und die Untersuchung, die über vier Monate gedauert, endete damit, daß die Anklagekammer den Arzt, Dr. Grafen Comte de la Pommerais, vor den Assisenhof des Seine-Departements unter der doppelten Anklage verwies, im Jahre 1861 die Dame Dubizy und im Jahre 1863 die Witwe de Pauw durch Vergiftung umgebracht zu haben. Die Verhandlungen haben gestern begonnen. Ladung vertheidigt den Angeklagten. Der Anklage-Act bringt folgende Thatfachen vor: Am 17. November v. J. starb in Paris eine Frau von zweiundvierzig Jahren, seit 1858 Witwe eines Malers, Namens de Pauw, in Folge von Erbrechen, von denen sie des Nachts zuvor befall-

len worden war. Dieses traurige Ereignis verursachte den Personen, welche die Witwe de Pauw am häufigsten sahen, ein schmerzliches Erstaunen; in Verbindung mit verschiedenen Gesprächen, welche dieselben mehrermale auf vertrauliche Weise mit der Verstorbenen gehabt, stößte daselbe ihnen den ernstesten Verdacht ein, und am 21. November reichte der Schwager der Verstorbenen eine Klage beim Parquet ein. Er beschränkte sich zuerst darauf, zu sagen, daß der Tod der Dame de Pauw das Resultat einer Vergiftung seitens einer Person zu sein scheine, die in Folge einer Lebensversicherung dabei interessirt sei, und gab hierauf Einzelheiten an, nach welchen de la Pommerais der Urheber dieses Verbrechens sein sollte.

Man schritt nun zur Oeffnung der Leiche, und Dr. Tardieu, der dieselbe vornahm, constatirte, daß bei der Verstorbenen keine Spur einer älteren oder neueren Krankheit oder Verletzung vorhanden sei, die eine natürliche Ursache des Todes darthun könne. Die Doctoren Tardieu und Roussin nahmen hierauf als die von der Justiz bestellten Sachverständigen eine chemische Analyse der organischen Theile der Witwe de Pauw vor. Sie unterwarfen der nämlichen Prüfung die Substanzen, die vom Erbrechenden herrührten und welche den Boden um das Bett der Verstorbenen bedeckten, und nachdem sie sich vielfältigen Experimenten hingegeben hatten, beendeten sie ihren Bericht mit der Erklärung: „Die Dame de Pauw ist an Vergiftung gestorben.“ Was die Substanz betrifft, mittelst welcher die Vergiftung hervorgebracht wurde, glauben die Sachverständigen, da es

Digitalin ist, dessen Wirkungen ähnlich denen sind, welche an der Dame de Pauw und später auch an den Thieren, die zu Experimenten gedient haben, beobachtet worden sind. Die Natur dieses Giftes, welches keine Spur zurückläßt, gestattet ihnen nicht, sich bestimmter darüber auszusprechen.

Es wurde nochwendig in der Wohnung des Angeklagten eine Nachsuchung vorzunehmen, dieselbe führte zur Entdeckung verschiedener Papiere und einer außerordentlichen Menge von Giften aller Art. Man belegte unter anderem ein Fläschchen mit Verschlus, welches zwei Gramme Digitalin enthalten hatte, und in welchem sich nur noch 15 Centigramme befanden. Die Erklärungen des Angeklagten waren so wenig zufriedenstellend, daß seine Verhaftung angeordnet werden mußte.

Ueber die Beziehungen des Angeklagten zu der Dame de Pauw brachte die Untersuchung Folgendes ans Tageslicht. Pommerais kannte diese Dame bereits seit mehreren Jahren; als Arzt im Jahre 1858 zu ihrem Manne berufen, hatte er diesen bald sterben sehen, und er wurde kurze Zeit darauf der Geliebte der Witwe. Diese Beziehungen hatten bis in die Mitte des Jahres 1861 gedauert; im Monate August dieses Jahres wurden dieselben durch die Heirat de la Pommerais mit Fräulein Dubizy unterbrochen, und beinahe zwei Jahre waren verstrichen, ohne daß der Angeklagte seine Zustimmung dazu gab, seine ehemalige Maitresse wiederzusehen. Plötzlich jedoch, im Monate Juni des letzten Jahres, wurde die Dame de Pauw dadurch in großes Erstaunen versetzt, daß er sie be-

suchte. Um diese plötzliche Rückkehr zu erklären, behauptete er, er bringe ihr Mittel und Wege, um die Zukunft ihrer Kinder zu sichern; sie müßte nur darüber ein tiefes Schweigen beobachten, und sorgfältig vermeiden, irgend jemand ins Vertrauen zu ziehen.

Er schlug ihr nun folgende Combination vor: Sie sollte auf ihr Leben die Summe von 550.000 Francs, die am Tage ihres Todes zu fordern seien, versichern; er übernehme die Bezahlung der Prämien, und sie habe auf ihn die Vortheile zu übertragen, welche aus diesem Vertrage entspringen würden. Kurze Zeit nach dem Abschlusse der Affaire sollte die Witwe de Pauw eine Krankheit erheucheln, so daß man glauben könnte, sie stiehe auf dem Punkte, zu sterben. Die Lebensversicherungsgesellschaften würden erschrecken; er würde sich alsdann zu ihnen begeben und ihnen die Vernichtung des Contractes gegen eine lebenslängliche Rente von 6000 Francs, vom 1. Jänner 1864 an zahlbar, vorschlagen. Er würde diese Summe mit ihr theilen, und damit dieses Auskunfts Mittel würde sie sich eines Wohlgehehns erfreuen, von welchem sie bis jetzt sehr weit entfernt gewesen sei.

Die Witwe de Pauw hatte nicht den Muth, diese seltsamen Vorschläge zurückzuweisen; sie überließ sich ihm blindlings und stellte ihm anheim, alles zu ordnen, wie es für gut fände. Er machte sie mit einem Courtier bekannt, und dieser diente nun bei der Abschließung der Versicherungsverträge als Vermittler; er sagte den Directoren der Gesellschaft, daß ein reicher Mann, der Graf d

Die päpstliche Regierung hat, wie das „Pays“ aus Rom erfährt, dem Herzog von Sutherland den Eintritt in die päpstlichen Staaten untersagt. Es heißt zugleich, daß König Victor Emanuel seinerseits seinem Gesandten in London aufgetragen hat, jede besondere Beziehung zu diesem Gentleman abzubrechen.

Laut Berichten aus Tunis vom 2. d. waren das französische, das englische und das italienische Geschwader angekommen und hatten 3 Schiffe zur Überwachung des Küstengebietes detachirt. In Tunis herrschte Ruhe, und die aufrührerischen Volksstämme, welche durch die ihnen gemachten Zugeständnisse befriedigt waren, fingen an, sich zu unterwerfen.

Der Abend-Moniteur vom 8. d. meldet: Der Bey von Tunis hat am 1. d. die Constitution aufgehoben. Die Rebellen beharren auf allen ihren Bedingungen, besonders auf die Entlassung der Minister. Sie haben einen Araber zum Bey erwählt, welcher sich mit 40,000 Mann in Tefour befindet. Die Insurrection hat nichts Feindseliges für die Fremden.

Nach Berichten aus Madrid, 4. Mai, haben die spanischen Truppen auf San Domingo neue Vortheile errungen.

Ueber die Eröffnungssitzung der wieder aufgenommenen Berliner Zollconferenzen steht es noch immer an authentischen Angaben und gewiß ist nur, daß ein Theil der deutschen Zollvereinsregierungen seine fernere Theilnahme an demselben verweigert hat. Die „Bair. Ztg.“ widerspricht auf das bestimmteste dem Gerücht, daß Baiern in Paris eine Modification des deutsch-französischen Vertrages in Anregung gebracht oder eine hierauf bezügliche Anfrage an die kaiserliche Regierung gerichtet habe.

Aus Berlin wird der „Presse“ geschrieben, daß Preußen bereits, und mit Aussicht auf Erfolg, Verhandlungen mit einzelnen Zollvereinsregierungen eröffnet hat, um dieselben zu veranlassen, mit Umgehung des Zollvereins dem französischen Handelsvertrag einzeln und separat beizutreten.

Landtagsverhandlungen.

Telegraphische Berichte über die Landtagsitzungen am 7. Mai.

Prag. Bezüglich der Aufhebung des politischen Etheconies beschließt der Landtag: In Böhmen sollte, wie bisher, auch in Zukunft von Ertheilung des politischen Etheconies Umgang genommen werden. Chemelzettel, die Bestätigung über die Anzeige enthaltend, bleibt aufrecht. Der fernere Antrag der Majorität der Commission, daß der Chemelzettel Niemandem verweigert werden darf, wurde abgelehnt und der die Ertheilung in gewissen Fällen ausschließende Antrag der Minorität angenommen. — Abg. Eissert hat das Mandat für den Reichsrath niedergelegt.

Graz. Heute wurde nach Erledigung des Rechnungsbereiches des Landesauschusses der Landtag geschlossen.

Triest. Der Antrag des Abg. Zallinger auf vorläufige Nichterführung des Grundbuchs in Triest wurde abgelehnt; die Regierungsvorlage über die Grundbuchordnung mit einigen Modificationen angenommen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. Mai. Se. Majestät der Kaiser ist heute von Schönbrunn nach Wien gekommen, und hat in der Hofburg Audienzen erteilt.

Ihre Majestät die Kaiserin-Witwe Carolina Augusta wird Donnerstag aus Prag zurückkehren und später ihren Sommeraufenthalt in Salzburg und Ischl nehmen.

Der Wiener Correspondent des Pester Hirnocks stellt zwei in den jüngsten Tagen von Zsóf. Tanuja gebrachte Nachrichten, daß der ungarische Landtag schon im November einberufen, und Jofrath Koloman v. Befe an die Stelle des Herrn v. Privitzer nach Ofen versetzt werden soll, als unbegründet in

Abrede. Derselbe widerlegt auch die von Wiener Blättern gebrachte Nachricht, daß den Emigranten B. v. Semere und Franz v. Pulski die Rückkehr in die Heimat gestattet worden sei, als unwahr. Was jedoch den andern Theil der betreffenden Nachricht anbelangt, daß nämlich die genannten Ungarn ihr Vermögen zurückbehielten, so ist es wol richtig, daß den Gattinnen der Beiden ihre Güter zurückgegeben wurden; dies sei jedoch keine Neuigkeit und bereits vor Jahren geschehen. Derselbe Correspondent schreibt ferner: Der Kanzler, Herr Stephan v. Privitzer, wurde am 4. d. von Sr. Majestät zu einer längeren Privataudienz empfangen und am 5. von dem Herrn Staatsminister v. Schmerling besucht, der länger als eine Stunde bei ihm verweilte.

Vorgestern wurde, wie die „Presse“ meldet, das Gesetz unterfertigt, welches die Werbung von 6000 Mann Freiwilligen für die mexicanische Armee bewilligt. Die Offiziere können nach sechs Jahren mit gleichem Rang, den sie bei ihrem Austritte bekleiden, in die österreichische Armee zurücktreten. Die Mannschaft wird aus dem Reservestand des letzten Jahres genommen. Die Werbung wird durch die Werbbezirks-Commandanten an den einzelnen Orten vorgenommen. Der Transport bis Triest geschieht auf Kosten der mexicanischen Regierung. Zum Commandanten des Freiwilligenregiments wurde der österreichische Oberst Graf Franz Thun ernannt, welcher hiezu bereits auch die Allerhöchste Genehmigung erhalten hat. Die Werbe-Commission, bestehend aus den Herren General Ujejski, Oberst Graf Thun, Oberst Leifer und General-Consul Herzfeld, tritt schon in den nächsten Tagen in Wien zusammen und beginnt ihre Sitzungen.

Deutschland.

Nachrichten aus Kopenhagen melden: Einem Bericht des Kriegsministers vom 6. Abends zufolge hat der Feind am 5. Morgens Aalborg besetzt, im Laufe des Tages einige Kanonenschüsse gegen das Terrain jenseits vom Limfjord abgefeuert, und an Verhandlungen östlich von der Stadt zu arbeiten begonnen.

Aus Kopenhagen, 30. April, wird dem französischen Armee-Moniteur gemeldet: Die preussischen Truppen haben die Schleifung der Düppeler Schanzen begonnen. Von den zehn Werken, aus denen sie bestehen, sind bereits drei verschwunden. Man verbreitet das Gerücht, daß die Berliner Regierung in den Friedensvertrag eine Clausel aufnehmen lassen will, derzufolge die Verteidigungswerke in Schleswig nicht mehr wieder hergestellt werden dürfen. Preußen will, daß das Land stets seinen Heeren geöffnet bleibe.

Die Garnison der von den Dänen geräumten Festung Fredericia ist zur Hälfte nach Jütland, zur Hälfte nach Seeland gebracht worden. Einem von Kopenhagen eingetroffenen Befehle gemäß, hat man gleichfalls mit der Räumung der Insel Alsen begonnen, und man denkt dieselbe zwischen dem 5. und 10. Mai beendigt zu haben. Das dänische Hauptquartier wird in Dönse auf der Insel Jütland errichtet werden. In Folge dieser verschiedenen Maßregeln wird sich einige Tage nach der Eröffnung der Conferenzen kein einziger dänischer Soldat mehr in Schleswig, ja nicht einmal mehr in Jütland befinden.

Aus Wien schreibt man der R. Z.: Eine genaue Besichtigung Fredericia's hat ergeben, daß die neuen Werke nach einem geschickteren Plane errichtet worden sind, der aber nicht zur vollständigen Durchführbarkeit gelangt ist. Es sind schwache Stellen vorhanden, die man als nicht verteidigungsfähig bezeichnen muß. Da die dänische Regierung große Summen auf das Dammwerk und die Düppeler Schanzen, ganz besonders aber auf die Vermehrung von Heer und Flotte verwandt hat, so mag das Geld für Fredericia wohl gefehlt, und man mag geglaubt haben, an diese weit rückwärts gelegene Festung zuletzt denken zu dürfen. Ähnlich verhält es sich mit dem verschanzten Lager, welches die Festung in offensiver Weise zu verstärken bestimmt war. Die einzelnen Werke desselben sind vortrefflich angelegt, waren auch stärker armirt als die Festung; allein die Verbindung der einzelnen Theile unter einander ließ noch viel zu wünschen übrig und zeigte Lücken, die einen Sturmangriff erleichtert haben würden. Festung und Lager waren mit zusammen 214 Kanonen bewaffnet, die aber alle glatte Rohre haben und den gezogenen

Geschützen keinen erfolgreichen Widerstand leisten konnten. Da man sich überdies auf einen baldigen Sturm gefaßt halten mußte, so wollte der Feind sich nicht eben so großen Verlusten aussetzen, als er am 18. April bei Düppel erlitten hat. Der fünf Regimenter welche die Besatzung bildeten, hätte das verschanzte Lager zu wirksamer Verteidigung allein bedurft. Unsere braven Truppen, welche sich darauf gefreut hatten, den Krieg auf dem Festlande durch eine glänzende Waffenthat abzuschließen, fühlen sich bitter getäuscht. Die Geschütze hat der Feind alle vernagelt; doch ist es auffällig, daß er nicht einmal einen Theil derselben mit fortgenommen, vielmehr auch alle bedeutenden Vorräthe unverfehrt zurückgelassen hat. Vom 27. April Abends, wo die Räumung begann, bis zum 29. früh, wo der Einmarsch unserer Truppen erfolgte, wäre dazu wohl hinreichende Zeit gewesen.

Aus Gravenstein trifft die in sehr bestimmter Form auftretende Nachricht ein, daß am 2. d. Nachmittags vom Allener Ufer aus nach dem Gehölze oberhalb des Sandberges aus Kanonen geschossen worden sei, und zwar seien an 40 Schüsse gefallen. Die preussischen Vorposten wurden dadurch allarmirt, und die Geschützbedienung machte sich eiligst kampfbereit. Indessen gewährte man vom Brückenkopf aus ganz deutlich, daß die in Sonderburg stehenden dänischen Truppen ebenfalls durch dieses Vorgehen überreicht wurden, indem sie, gleichfalls allarmirt, erwartungsvoll nach jener Seite ihre Blicke richteten, jedoch durchaus keine Miene zu irgend einer weiteren Feindseligkeit ihrerseits machten. Nach Verlauf von etwa einer Stunde hörte auch das Schießen auf, und trat wieder an allen Punkten die frühere Ruhe ein. Ferner wurde bemerkt, daß verschiedene Truppenabtheilungen sich in östlicher Richtung von Sonderburg fortbewegten und nicht wiederkehrten. Man erblickt in diesen Bewegungen einen Hinweis auf eine baldige Räumung Alsens.

Auf der Insel Fühnen befindet sich ein schwedisches Freiwilligen-Corps von 230 Mann unter dem Freiherrn von Naab, worunter 30 Dragoner. Diese haben ein größeres und ein kleineres Dampfboot, sowie ein Transport-Fahrzeug zur Verfügung und wollen eine Rolle spielen, wie früher die See-Räuber.

Prinzessin Clotilde von Coburg-Kohary hat sich auf der Reise nach Coburg den Fuß verstaucht, daher die Reise eine Verzögerung erlitt. Prinz Alfred von England ist am 5. d. in Altenburg eingetroffen.

Das neueste Bulletin über das Befinden des Königs Wilhelm von Württemberg lautet ungünstig. Die Berliner „Montags-Zeitung“ schreibt: Es steht fest, daß Se. Majestät der König auf Anrathen der Aerzte nach Carlsbad geht, doch ist die Zeit der Abreise noch nicht bestimmt. Die Abreise des Kronprinzen vom Kriegsschauplatz ist, trotz anderweiter Nachrichten, noch nicht festgestellt und wird erst nach Beendigung der Feindseligkeiten erfolgen. Prinz Alfred von England war, wie verlautet, der Ueberbringer eines Handschreibens seiner königlichen Mutter an König Wilhelm. Die Beilehung des Prinzen mit dem schwarzen Adler-Orden, trotz seiner noch nicht erfolgten Großjährigkeit, wird dadurch erklärt, daß er bereits Ritter des ersten Ordens seines Landes ist. — Die nachträglich beschlossene Abreise des Ministerpräsidenten v. Bismarck nach dem Rheinlande soll auf Grund dringender Einladungen der Rheinischen Fest-Comités geschehen sein. — Die Ernennung des Gesandten von Heydebrandt und der Lasa für die Leitung der diplomatischen Verhandlungen im Brangelschen Hauptquartier wird mit der angeblich in Aussicht stehenden Ernennung des bisher mit gleichen Functionen betrauten Gesandten v. Wagner für den Gesandtschaftsposten zu Dresden in Verbindung gebracht. — Das hier und da wieder auftauchende Gerücht, als stände eine Einberufung der Kammern nahe bevor, wird von sehr gut unterrichteter Seite als verfrüht bezeichnet. — Die Nachricht von dem angeblich von ihm selbst gewünschten Rücktritt des Feldmarschalls v. Wrangel bestätigt sich nicht. Der Feldmarschall bleibt im Gegentheil im vollen Umfange seiner bisherigen Functionen erhalten. — Im hiesigen russischen Gesandtschaftshotel werden allerlei Vor-

kehrungen getroffen, welche sich auf den mehrwöchigen Aufenthalt des Czars und der Czarin auf ihrer Reise nach Kissingen beziehen. Die Ankunft des Kaiserpaars dürfte schon in den letzten Tagen d. M. erfolgen und in diesem Falle die Rückkehr Ihrer Majestät der Königin Augusta vielleicht um einige Tage früher, als festgesetzt war, stattfinden. — Man schenkt dem Gerücht immer mehr Glauben, daß bei dem im Juni stattfindenden Aufenthalt der Kaiserinnen von Rußland und Oesterreich in Kissingen, daselbst auch die Kaiser von Rußland und Oesterreich eintreffen werden. Es wird nicht für unwahrscheinlich gehalten, daß um diese Zeit der König von Preußen aus Courtoisie den kaiserlichen Paaren daselbst einen Besuch abstattet; ja, man geht sogar so weit, zu combiniren, daß die Kaiserin Eugenie von Frankreich im Juni das Bad Kissingen zur Cur gebrauchen und dort von ihrem Gemahl, dem Kaiser Napoleon, besucht werden wird. Auf diese Weise würde ein Fürstencongress dort ganz zufällig zu Stande kommen. — Viele vornehme Patienten richten jetzt an ihre Aerzte die Frage, ob ihnen nicht in dieser Saison eine Brunnenkur in Kissingen heilbringend sein könnte, und die Aerzte geben überraschend oft ihren Consens dazu. Auch der königlich bayerische Bundestags-Gesandte, Herr von Pfordten, läßt sich zur Herstellung seiner Gesundheit im nächsten Monat dorthin begeben. — Wie sich jetzt herausstellt, sind viele preussische Familien, deren Güter in Russisch-Polen liegen, durch die Insurrection in nicht geringe Geldcalamitäten gerathen. Man will wissen, daß die Familie des Fürsten Radziwilt besonders unglücklich von Verlusten in ihren Einkünften betroffen worden und deshalb bereits wiederholt sich an den Kaiser von Rußland gewendet hätte.

Der preussische Abgeordnete Waldeck hat die Unterzeichnung der vom Frankfurter Sechshundreißiger-Ausschuß an alle Mitglieder deutscher Kammern versandten Protest-Erklärung an die Londoner Conferenzen abgelehnt, weil sie sich für einen preussischen Abgeordneten nicht schide, nachdem Preußen in der Action sei, und weil der Protest in Ermangelung einer National-Vertretung, selbst wenn ihn alle Mitglieder deutscher Kammern unterzeichnen, nicht als eine Emanation der Vertreter Deutschlands angesehen werden könne. Ein Einzelnr habe auch nicht das Recht, Erklärungen im Namen der Nation abzugeben. Wenn überdies die Protest-Erklärung „das klare Recht“ des Herzogs von Augustenburg mit der Volksstimme combinire, so erklärt Waldeck, „er habe sich fortwährend immer weniger davon überzeugen können, daß die Proclamation der Erbfolge des Herzogs die allein mögliche oder die beste, oder auch für sich allein nur eine genügende Weise ist, um die Interessen Deutschlands, Preußens und sogar die der Herzogthümer in dieser Frage zu wahren und die gebrachten Opfer aufzuwiegen.“

Frankreich.

Paris, 7. Mai. Gestern hat im gesetzgebenden Körper die Budgetdebatte begonnen. Thiers eröffnete die allgemeine Discussion, kam aber mit seiner Rede nicht zu Ende, da er zuletzt vor Ermüdung nicht mehr sprechen konnte, und deshalb in der nächsten Sitzung fortfahren sollte. Er unterzog das französische Finanzwesen von 1802 bis jetzt einer historischen Kritik, und warf namentlich dem gegenwärtigen Systeme bald allzu große Verwegenheit, bald allzu große Unterwürfigkeit seiner (nicht verantwortlichen) Minister vor. Er sprach sich gleichfalls zu Gunsten der früheren Supplementär-Credite aus, aus dem allerdings für die Regierung nicht sehr schmeichelhaften Grunde, weil sie, seit der Einführung des Gold'schen Systems der Birements, noch weit mehr in Anspruch genommen worden seien, als vorher. Der Bericht über die Sitzung selbst wird uns erst morgen vorliegen. — Die Session des gesetzgebenden Körpers wird, wie im Ministerrathe beschlossen worden ist, bis zum 23. Mai, aber zum letzten Male vertagt werden. — Adolph Garnier, Mitglied der Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften, ist, wie der „Moniteur“ meldet, einer schmerzlichen Krankheit erlegen. — Morgen findet in dem reservirten Theile des Tuilerien-Gartens das große Fest Statt, welches der kaiserliche Prinz allen seinen pariser Altersgenossen gibt, welche Mitglieder der unter seinem Patronate stehen-

la Pommerais, die Zukunft der Kinder, welche er mit der Witwe de Pauw gehabt, sichern wolle, und da die Gesundheit derselben als vortrefflich anerkannt worden war, so gestatteten ihr acht Asscuranz-Gesellschaften, eine Versicherung für die Totalsumme von 550,000 Francs einzugehen. Die Versicherungspolizen wurden durch einfaches Indossament an de la Pommerais übertragen. Nachdem er sich in das Eigenthum der Polizen gesetzt hatte, ging er an die weitere Ausführung seines Planes. In der Absicht erinnerte er sie daran, daß es um den Rückkauf ihrer Asscuranz-Contracte zu günstigen Bedingungen zu erlangen, unvermeidlich sei, eine Krankheit zu erheucheln.

Sie befolgte, seine Rathschläge zu befolgen, und, da im Monate September in ihrer Treppe ein Fensterrahmen mit großem Geräusch herabgefallen war, so benützte sie dieses, um zu sagen, daß sie einen heftigen Sturz gethan habe, um von da an über große Magenbeschwerden zu klagen. Sie that noch mehr: in der Absicht, später ihren Krankheitszustand zu rechtfertigen, consultirte sie verschiedene Aerzte, die ohne eine genügende Untersuchung vorzunehmen, ihr verschiedene Recepte verschrieben. Auf sein Verlangen ließ sie ihren Geburtschein ausfertigen, der vorgebracht werden mußte, um den Betrag der Asscuranz zu erheben, und der ihr vollständig unnütz gewesen war. Der Angeklagte, der die Vorbereitung für hinreichend hielt, glaubte nun den Augenblick gekommen, um den entscheidenden Schlag zu führen.

Seiner Aufforderung entsprechend, ging die Witwe de

Pauw vom 12. November an nicht mehr aus; sie trug beständig eine Nachthaube, als wenn sie krank wäre, und um die Erheuchelung vollständiger zu machen, und den Arzt, den die Gesellschaften zu ihrer Untersuchung senden würden, leichter täuschen zu können, kündigte ihr der Angeklagte an, daß er ihr etwas eingeben werde, um sie in Aufregung zu versetzen. In Erwartung der Verwirklichung dieses perfiden Verbrechens, ganz dazu geeignet, die Witwe de Pauw zu bestimmen, ohne Mißtrauen alles zu nehmen, was er ihr geben würde, und sie das Mißbehagen, was die Folge sein mußte, natürlich finden zu lassen, war ihre Gesundheit die vortrefflichste und ihr Gemüthszustand sogar einer der heitersten. Die Genußnahmen, welche ihr de la Pommerais in Betreff der Bewahrung des Geheimnisses gemacht hatte, verhinderten sie nicht, ihren Freunden und Nachbarn alle ihre Hoffnungen zu vertrauen.

Seitdem wurden die Besuche des Angeklagten häufiger. Am 16. Abends besuchte er sie, und blieb mit ihr lange allein. Des anderen Morgens findet man sie in dem traurigsten Zustande; ihr Gesicht verräth lebhaft Schmerzen; ihr Bett und der Fußboden vor demselben sind mit Substanzen bedeckt, welche sie während der Nacht erbrochen hat. Schon um 8 Uhr Morgens kommt Pommerais an; allein er läßt ihr nicht die geringste Hülfeleistung zukommen. Was sie betrifft, lösen ihr diese Leiden nicht die geringste Unruhe ein. Muß sie nicht, um die Rente von 3000 Francs zu erhalten, auf die sie hofft, ernstlich krank erscheinen? Uebrigens hat sie de la Pommerais über die

Folgen beruhigt, welche ihre Anfälle nach sich ziehen könnten. Abends um halb 7 Uhr stirbt sie.

Das Verbrechen, dessen Opfer die Witwe de Pauw war, ist nicht das erste gewesen, welches la Pommerais begangen hat. Zwei Jahre früher hatte er vermittelst der nämlichen Mittel dem Leben seiner Schwiegermutter, der Dame Dubizy, ein Ende gemacht, auch hier nur aus Habguth, um sich nämlich in den Besitz des Nachlasses dieser Dame zu setzen, welcher ungefähr ein Capital von 45,000 Francs repräsentirte. Die auf den Tod der Witwe de Pauw bezüglichen Thatfachen haben die Aufmerksamkeit auf die zurückgeführt, welche das Absterben der Dame Dubizy begleiteten. In beiden Fällen constatirte die Untersuchung keine anderen Krankheits-Symptome, als Erbrechen bei vollständiger Gesundheit, ohne daß man einen plausiblen Grund finden könnte, um es zu erklären. In beiden Fällen ist de la Pommerais einige Augenblicke, ehe diese Anfälle stattgefunden, anwesend, und jedesmal constatirt man einen kurz vorher von ihm gemachten Ankauf einer beträchtlichen Menge von Digitalin, welches verschwindet, ohne daß er die Verwendung angeben kann.

Diesen schweren Anklagen gegenüber leugnet der Angeklagte aufs Hartnäckigste.

Zur Tagesgeschichte.

Das österreichische Museum für Kunst und Industrie soll am 16. Mai eröffnet werden.

Baron Sina, der bekanntlich seine Herrschaft Gödöllö in Ungarn jüngst an die belgische Bodencreditgesellschaft verkauft hat, ist, wie der „Baudere“ bemerkt, jetzt noch im Besitze von 39 Herrschaften, nicht mitgerechnet die Häuser in Wien, noch die Häuser und Herrschaften, welche nach Ableben von Sina's Vater jeder seiner Söhne vererbt wurden. Darans läßt sich annäherungsweise ein Begriff von dem colossalen Sina'schen Vermögen und Besitzthum bilden. Einen Beweis, daß aber auch viel ausgegeben wird, liefert z. B. der Umstand, daß der Baron, welcher den Bau seines Palais in Wien von Bevey aus leitete, in einem Monate für die telegraphische Correspondenz 17,000 fl. verwendete.

In Wiener Theater in der Josephstadt tanzt jetzt ein Einbeiniger, der spanische Tänzer Donato. Die Leistungen dieses Künstlers gränzen, wie die „Globe“ schreibt, an das Wunderbare, wenn man sieht, wie ein Mann, dessen rechter Fuß vom obersten Ende des Schenkels herab fehlt, mit Tänztänzen, die das Glück haben, zwei Beine umwerfen zu lassen, fähig ist, in die Schranken treten kann. Herr Donato, ein hübscher junger Mann mit ausgiebigem andalusischen Typus und reichem spanischen rabelschwarzen Haar trat, auf eine Krücke gestützt, vor die Lampen. Das Publikum grüßte, gab er alsbald die Krücke ab und begann den „Volero“ zu tanzen, jenen Tanz, in welchem die ganze, an Wildheit streifende Gluth des Spaniers sich kundgibt. Wodurch man beim „Volero“ sich in die Märchenwelt versetzt glauben, so fand man keine Worte mehr, den Mantelanz des „Bollidons“ zu beschreiben. Der Zuschauer blieb sprachlos vor Erstaunen, wenn der „Einbeinige“ im wilden Wirbel sich drehte, daß er in der Luft zu fliegen schien, wenn er, den rothen Seidenmantel im Fluge um sich schlingend, in einem Schneegewinde zu schweben schien; wenn er, einen Krieger darstellend, in der Pantomime den Feind, verzweifelt ringend, erlegt, und im Siegesmarsche stolz und triumphirend einherführte; wenn er endlich über eine Reitergasse und über seinen Krückenstock wiederholt Lustsprünge ausführte, die ihm nur schwer Jemand mit zwei Füßen nachmachen wird; zu dem kommt, daß Donato mit der feinsten Grazie, mit der voll-

Nr. 7424. **Kundmachung.** (475. 3)
Auf Grund des Artikels XV. der zur Durchführung des Belagerungszustandes erlassenen Verordnung vom 27. Februar 1864 wird der in Chełmno in Preußen unter der verantwortlichen Redaktion des Johann Radziwiol in polnischer Sprache erscheinenden Zeitschrift „Przyjaciół ludu“ das Postdebit für diese Provinz entzogen.
Lemberg, 2. Mai 1864.

Der k. k. Landescomandirende General
Alexander Graf Mensdorff-Pouilly
F. M. E.

Obwieszczenie.

Na mocy artykułu XV. rozporządzenia przeprowadzającego stan obłężenia z 27. Lutego 1864 odjęto czasopismu „Przyjaciół ludu“ w Chełmie (w Prusiech) pod redakcją Jana Radziwiola w polskim języku wychodzącemu — debit pocztowy dla Galicji i Krakowa.
Lwów, dnia 2. Maja 1864.

Z c. k. komendy krajowej dla Galicji i Krakowa
Hrabia Aleksander Mensdorff-Pouilly
F. M. P.

Nr. 7709. **Kundmachung.** (487. 1-3)
Auf Grund des Artikels XV. der zur Durchführung des Belagerungszustandes erlassenen Verordnung vom 27. Februar 1864 wird die ohne Angabe des Herausgebers und Verfassers erscheinende Zeitschrift: „Austria i Polska — Paryż — E. Martinet — 1863“ für den Umfang dieser Provinz als verboten erklärt.
Lemberg, 5. Mai 1864.

Der k. k. Landescomandirende General
Graf Alexander Mensdorff-Pouilly
F. M. E.

Obwieszczenie.

Na mocy Artykułu XV. rozporządzenia przeprowadzającego stan obłężenia z 27. Lutego 1864 odjęto drukowe: „Austria i Polska — Paryż — E. Martinet — 1863“ bez wymienienia wydawcy i autora wychodzące, na całą prowincję zakazaniem zostało.
Lwów, dnia 5. Maja 1864.

Z c. k. komendy krajowej dla Galicji i Krakowa.
Hrabia Aleksander Mensdorff-Pouilly
F. M. P.

Nr. 7713. **Kundmachung.** (486. 1-3)
Auf Grund des Artikels XV. der zur Durchführung des Belagerungszustandes erlassenen Verordnung vom 27. Februar 1864 wird der in Leipzig unter der Redaktion des Aug. Fr. Peters erscheinenden polnischen politischen Zeitschrift „Ojczyzna“ das Postdebit für diese Provinz entzogen.
Lemberg, den 5. Mai 1864.

Der Landescomandirende General
Graf Alexander Mensdorff-Pouilly
F. M. E.

Obwieszczenie.

Na mocy Artykułu XV. rozporządzenia przeprowadzającego stan obłężenia z 27. Lutego 1864 odjęto politycznemu czasopismu: „Ojczyzna“ w Lipsku pod redakcją Aug. Fr. Peters in polnischem języku wychodzącemu — debit pocztowy dla Galicji i Krakowa.
Lwów, 5. Maja 1864.

Z c. k. komendy krajowej dla Galicji i Krakowa.
Hrabia Aleksander Mensdorff-Pouilly
F. M. P.

3. 6545. **Kundmachung.** (477. 3)
Erkenntnisse.

Das Krakauer k. k. Landesgericht in Strafsachen hat kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt mittelst Erkenntnisses vom 16. Februar 1864, 3. 2760, welches in nachstehender Beziehung mittelst Urtheils des k. k. Oberlandesgerichtes in Krakau vom 23. März 1864 3. 3701 bestätigt wurde, erkannt, daß

1. der Leitartikel in Nr. 74 der periodischen Zeitschrift „Czas“ ex 1861 in dem Abzuge: 2. „Administracya“ das Vergehen des §. 300 St. G.
2. der Correspondenzartikel „Lwów 4. Paßdziernika (z)“ in Nr. 231 des „Czas“ ex 1861 das Vergehen des §. 300 St. G.
3. der Leitartikel in Nr. 31 und 32 des „Czas“ ex 1862 das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 65 lit. a. St. G.
4. der Leitartikel XII. in Nr. 260 des „Czas“ ex 1862 das Vergehen des §. 300 St. G.
5. der Correspondenzartikel „z Krakowa 9ten Dezember (Ka)“ in Nr. 284 des „Czas“ ex 1862 das Vergehen des §. 300 und 305 des St. G.
6. der Leitartikel in Nr. 25 des „Czas“ ex 1863 das Vergehen des §. 305 St. G. und
7. die in Nr. 27 des „Czas“ ex 1863 erschienenen Proclamationen des Warschauer Central-Comité's ddo. 22. Februar 1863 und des Marian Langiewicz ddo. 20. Jänner 1863 das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nach §. 66 St. G. begreifende,

und dem zufolge das Verbot der weiteren Verbreitung der bezeichneten incriminirten Nummern ausgesprochen. Was hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.
Vom k. k. Landesgericht in Strafsachen.
Krakau, am 21. April 1864.

Nr. 666. **Concurs-Kundmachung.** (482. 1-3)
Im Nachhang zur hierortigen, im Amtsblatt der „Kra-

auer Zeitung“ Nr. 98 verlaufferten Kundmachung vom 25. April 1864 3. 505/B. A. C., mit welcher der Concurs wegen provisorischer Befehung der beim Tuchower Bezirksamt mit dem Jahresgehalt von 420 fl. 8. W. erledigten Actuarsstelle ausgeschrieben wurde, wird bekannt gemacht, daß derlei Stellen auch bei den Bezirksämtern in Gorlice und Neumarkt, Sandeher Kreises — Dabrowa, Pilzno, Tarnower Kreises — Wadowice, Kenty, Wadowice Kreises und in Sokolów, Rzeszower Kreises erledigt sind, und wenn in der Zwischenzeit auch noch andere derlei Stellen in Erledigung kommen sollten, zu deren Befehung gleichfalls geschritten werden wird.

Bewerber haben ihre gehörig instruirten Gesuche, und zwar auswärtige Candidaten unter Nachweisung der Kenntniß der polnischen oder einer anderen slavischen Sprache, in der Frist von 14 Tagen von der dritten Einschaltung dieses Concurses in dem Amtsblatt an gerechnet, im Wege ihrer vorgesetzten Behörden an die betreffenden Kreisbehörden, wenn sie aber nicht um eine bestimmte, sondern um eine der erledigten Stellen überhaupt, oder um eine von den in mehreren Kreisen erledigten Stellen sich bewerben, an diese Landes-Commission zu richten.

K. k. Landes-Commission für Personal-Angelegenheiten der gemischten Bezirksämter.
Krakau am 1. Mai 1864.

Nr. 6886. **Kundmachung.** (464. 3)
Zur Wiederbefehung der erledigten Tabak-Großtrafik in Krakau (Stadt) und einer damit verbundenen besonderen Kleintrafik wird am 18. Mai 1864 bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Krakau die Concurrenzverhandlung mittelst Ueberreichung schriftlicher Offerte vorgenommen werden.

Die schriftlichen, mit der Stempelmarke à 50 fr. dem Badium von 500 fl. dem Großjährigkeits-Verhaltens- und Vermögenszeugnisse belegten versiegelten Offerte, sind **längstens bis 18. Mai 1864 — 10 Uhr Vormittags**

bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Krakau zu überreichen.

In der Zeit vom 1. Februar 1863 bis dahin 1864 betrug der Verkehr an Tabak 249.729 3/4 Pfd. im Werthe von 316.803 fl. 53 1/2 kr. und an Stempelmarken 5.269 fl. 22 1/2 kr.

Zusammen 322.072 fl. 76 kr.

öftr. Mähr.
Die näheren Bedingungen zur Erlangung der Großtrafik und der Ertragnisausschüsse können bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Krakau oder bei der k. k. Hilfsämter-Direction der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction.
Krakau, am 27. April 1864.

L. 236. **Edykt.** (466. 2-3)

Ces. kr. Urząd powiatowy jako Sąd wiadomo czyni, iż na dniu 29. Paßdziernika 1855 w Lednicy górnej zmarła Franciszka ze Sykołów Lewińska beztestamentarnie, do którego dziedzictwa pomiędzy innymi spadkobiercami jest powołany Wojciech Lewiński jej syn.

C. k. Urząd nieznając miejsca pobytu tegoż, jego tym edyktem wzywa, ażeby w przeciągu roku jednego, od dnia niżej wyrażonego licząc, w tymże Sądzie się zgłosił, i oświadczenie za dziedzica wniósł, w przeciwnym bowiem razie spadek byłby pertraktowany z dziedzicami, którzy się do przyjęcia zgłosili i z kurandem dla niego ustanowionym.
Wieliczka 10. Kwietnia 1864.

L. 5253. **Edykt.** (439. 3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Bolesława Placer, że przeciw Emilii Placerowej, Bolesławowi Placer, Kazimierz Mecherzyński i Maurycem Baruch, sub praes. 19. Marca 1864 l. 5253 małżonkowie Izaak Leib i Marya Rittermann o orzeczenie, iż kwota 15351 złp. 8 gr. w stanie biernym realności pod l. 79 dz. VIII. i kwota kapitalna 4000 złp. z procentami w kwocie 150 złp. w stanie biernym teje sumy 15351 złp. 8 gr., w końcu zobowiązanie powódów do zapłacenia kwoty 4150 złp. sprzedawcom realności do l. 79 dz. VIII. z tytułu resztu-jacej ceny szacunkowej w stanie biernym teje realności intabulowane, wymazane i wykreślone być mają, wnieśli pozew, w załatwieniu tegoż pozwu do ustnej rozprawy naznacza się termin na dzień 12. Lipca 1864 o godzinie 10. zrana.

Gdy miejsce pobytu pozwanego p. Bolesława Placera nie jest wiadome, przeto ces. kr. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego Adwokata p. Dra. Biesiadeckiego kuratorem nieobecnemu ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.
Kraków, 5. Kwietnia 1864.

L. 6438. **Edykt.** (440. 3)

Ces. król. Sąd obwodowy Nowo-Sądecki zawiadamia nieobecnego, z miejsca pobytu niewiadomego Władysława Kowalskiego, iż przeciw niemu wytoczony został przez Annę Schützerową pozew o 35 złr. 86 kr. w. a. z p. n., i że z po-

wodu jego nieobecności i nieznanego pobytu Sąd zamianował mu kuratora w osobie p. Adwokata Dra. Micewskiego z zastępstwem p. Adw. Dra. Zielińskiego.

Do rozprawy względem postępowania sumarycznego wyznaczony został termin na dzień 25. Maja 1864 godzinę 10. rano.

Zawiadamiając o tem p. Władysława Kowalskiego wzywa się go, aby na terminie albo sam stanął, albo potrzebne dowody ustanowionemu kuratorowi wręczył, lub innego obrońcę Sądowi wskazał, w ogóle, aby wszystkich środków prawem przepisanych do swej obrony użył, bo inaczej samby sobie szkodliwe skutki musiał przypisać.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.
Nowy Sącz, 13. Kwietnia 1864.

Nr. 3856. **Edict.** (484. 1-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird mittelst dieses Edictes dem Carl Blöding, dessen gegenwärtiger Aufenthalt unbekannt ist, bekannt gemacht, daß in der Executionsangelegenheit des Daniel Gewürz als Rechtshemer des Jemel Daar gegen ihn pcto. Wechselrestsumme von 38 fl. 90 kr. öst. W. i. N. G. über Geßuch des Daniel Gewürz mit Beschluß vom heutigen der hiergerichts erlassende Mobilien-Versteigerungserlös pr. 38 fl. 16 kr. öst. W. für ausföhrbar an Daniel Gewürz erklärt und daß aus diesem Anlasse dem Carl Blöding zur Wahrung seiner Rechte der Herr Advokat Dr. Grabczyński mit Substituierung des Hrn. Adv. Dr. Serda als Curator bestellt wurde.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichts.
Tarnow, am 14. April 1864.

L. 3601. **Edykt.** (447. 2-3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Stanisława księcia Jabłonowskiego, potomka Dymitra księcia Jabłonowskiego, starosty Kowelskiego, że przeciw niemu pani Luitgarda Duninowa tudzież p. Michał Dunin imieniem własnym, i imieniem małoletnich córek Bronisławy i Maryi Duninów, o ekstabulacyę z hypoteki dóbr Witanowic górnych sum 2000 dukatów i 2000 dukatów wnieśli pozew, w załatwieniu tegoż pozwu termin na dzień 21go Czerwca 1864 wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego wiadome nie jest, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego Adwokata p. Dra. Geisslera z zastępstwem p. Adwokata Dra. Zuckra kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicji obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę dla siebie wybrał i o tém ces. król. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś, aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.
Kraków dnia 12. Kwietnia 1864.

L. 164. **Edykt.** (441. 2-3)

Ces. król. Sąd obwodowy czyni wiadomo, że Ludwika z Wolskich Zbońska, Marciana Wolska jako matka i opiekunka małoletnich Zdzisława i Włodzimierza Wolskich, Marya z Wolskich Lubawska, Amalia z Wolskich Kabathowa, Walenty Kamiński i Leopold Jabłoński jako opiekun małoletnich Franciszka, Włodzimierza i Konstantego Obmińskich przeciw Wiktorowi Zbyszewskiemu, Salomei Grocholskiej, masie spadkowej s. p. Konstancyi Szaszkiewiczowej, Kalikstowi, Eustachemu i Emilii Hohendorff, Franciszkowi Rościszewskiemu, Tytusowi Jaruntowskiemu, nakoniec przeciw tym wszystkim z imienia i miejsca pobytu niewiadomym osobom, któreby oprócz powodów do sumy 683 dukatów i 1 złr. 17 kr. m. k. przez Walentego Wolskiego na rzecz Adama Rościszewskiego do depozytu Sądu szlacheckiego Tarnowskiego dnia 17. Sierpnia 1838 złożonej jakąby pretensyę rościłyby sobie mogły — o zawyrokowanie, że obciążenia teje sumy wymazane być mają, że suma ta własnością powodów jest, i onym wydaną być ma — pozew na dniu 26go Paßdziernika 1863 do l. 6085 wytoczyli, w skutek czego do ustnej rozprawy na ten pozew termin na 15go Czerwca 1864 o godzinie 9 przed południem wyznaczony został.

Ponieważ dla masy spadkowej s. p. Konstancyi Szaszkiewiczowej, tudzież dla wszystkich z imienia i miejsca pobytu niewiadomych osób, któreby oprócz powodów do wyż opisaney sumy jakąby pretensyę rościłyby sobie mogły, pan Adwokat Rybicki kuratorem, a zastępcą tegoż p. Adwokat Lewicki postanowionym został, przeto wzywa się zapoznane interesowane osoby, ażeby albo same na terminie wyznaczonym stanęły, albo potrzebne do obrony środki postanowionemu kuratorowi udzieliły, albo sobie innego zastępcę obrały i o tém sądowi doniosły, gdyż inaczej skutki z zaniedbania tegoż wyniknąć mogące, same sobie przypisać będą musiały.

Uchwalono w radzie c. k. Sądu obwodowego.
Rzeszów, 15. Stycznia 1864.

K. k. privileg. galiz.  Carl Ludwig-Bahn.

Kundmachung. (483. 2-3)

Dritte Actien-Verloosung.

Die P. T. Besitzer von Actien der k. k. privileg. galizischen Carl-Ludwig-Bahn werden in Kenntniß gesetzt, daß die Verloosung der in Gemäßheit §. 51 der Statuten und des hohen Orts genehmigten Tilgungsplanes für das Jahr 1864 zur Tilgung gelangenden 69 Stück Actien am

1. Juni 1864, 10 Uhr Vormittags

in Wien (Bureau der Central-Leitung, Haidenschuß, Credit-Anstaltsgebäude) im Beisein zweier k. k. Notare und der hiezu abgeordneten Mitglieder des Verwaltungsrathes öffentlich vorgenommen werden wird.

Wien, am 26. April 1864.

Der Verwaltungsrath.

BAD REINERZ
Grafschaft Glatz — Provinz Schlesien.

Die hiesige Bade-Brünnen- und Mollkuranstalt, deren Ruf namentlich bei Krankheiten der Respirations-Organe, Neigung zu Catarrhen, chronischem Catarrh des Kehlkopfs, der Luftröhre und der Bronchien, Anlage zur Tuberculose, ausgebildeter Tuberculose; ferner gegen Strophulose der Grundlage der Tuberculose, allgemeiner Entkräftung nach schweren Krankheiten oder Säfteverlusten, Bleichheit u. s. w. zu begründet und allgemein bekannt ist, als daß eine weitere Auseinanderlegung der eigenthümlichen Wirkungen unserer alkalisch-erdigen, milden Eisenquellen und unserer vorzüglichsten Biegungsmolle hier Platz greifen müßte, wird **zum 17. Mai eröffnet und Ende September geschlossen.**

Besonders aufmerksam machen wir auf unsere jodhaltigen Eisen-Mineral-Moorbäder, welche in dem neugebauten elegant eingerichteten Badehause bereit werden und seit Kurzem wegen ihrer heilkräftigen Wirkungen einen weit verbreiteten Ruf erlangt haben. Die Mineral- sowie die Moorbäder werden in der Zeit vom 1. Juni bis 15. September verabreicht.

Die Kuranstalt liegt in einer reizenden Gebirgsgegend der Grafschaft Glatz 6 Meilen von der schlesischen Breslau-Schweidnitz-Frankenstein Eisenbahn und 2 1/2 Meilen von der österreichischen Nachb.-Josefsstadt-Pardubitz Eisenbahn entfernt.

Wegen Wohnungsbestellungen wollen sich die resp. Kurgäste an unseren Badeinspector v. Riwotzky und wegen Brunnen-Versendung an den Kaufmann D. Schulz hier wenden.

Reinerz, den 30. April 1864.

(485. 1-3) Der Magistrat gez. Bayer.

Erste Gewinn-Ziehung
der Frankfurter Geldverloosung
am 25. und 26. Mai 1864.

Gewinne Gulden 200000, 100000, 50000, 30000, 25000, 2 mal 20000, 2 mal 15000, 12000, 2 mal 10000 u. s. w.
Ein ganzes Originalloos kostet öst. W. fl. 5, ein halbes 2 fl. 50 kr., ein viertel 1 fl. 30 kr.
Seder Auftrag bis zur kleinsten Bestellung wird prompt ausgeführt; Pläne und Listen gratis für Jedermann bei
Jacob Linbheimer jr. in Frankfurt a. M. (391. 8)

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Uhr	Barom.-Höhe auf in Paris. Linie 0° Reaum. red.	Temperatur nach Reaumur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe des Tages von bis
9	2	328.96	+ 9.0	59	Süd schwach	heiter		
10	6	28.74	5.5	78	West schwach	trüb		
10	6	28.96	4.3	83	West-S.W. schwach	trüb		+10 +10.3

468. (3)

Geht ab von Halicz nach dem Eintreffen der Courierposten aus Lemberg und Czernowitz, und hat auf dieselben in Verspätungsfällen bis 1 Uhr 15 Minuten Nachmittag zu warten.

XVIII. Botenfahrpost zwischen Kozowa und Brzeżan.

Von Kozowa	Sonntag	3 Uhr Nachmittag,	Von Brzeżan	Montag	7 Uhr Früh,
	Mittwoch			Donnerstag	
	Freitag			Samstag	
	Sonntag			Montag	
in Brzeżan	Mittwoch	5 Uhr 30 M. Nachm.	in Kozowa	Donnerstag	9 Uhr 30 M. Vorm.
	Freitag			Samstag	
	Sonntag			Montag	
	Mittwoch			Donnerstag	

XIX. Fußbotenpost zwischen Uście zielone und Monasterzyska.

Von Uście	täglich 5 Uhr 30 M. Früh,	Von Monasterzyska	täglich 1 Uhr 30 M. Nachmittag,
	in Monasterzyska 10 Uhr 30 M. Vormittag.		in Uście 6 Uhr 30 M. Abends.

XX. Botenfahrpost zwischen Jazłowiec und Buczac.

Von Jazłowiec	täglich 6 Uhr 30 M. Früh,	Von Buczac	täglich 3 Uhr Nachmittag,
	in Buczac 8 Uhr 30 M. Früh.		in Jazłowiec 6 Uhr Nachmittag.

Geht ab von Buczac 30 M. nach Ankunft der Mallepost aus Lemberg, und hat auf dieselbe in Verspätungsfällen bis 4 Uhr Nachmittag zu warten.

Was mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß die letzte Reitpost pr. Galiz und Dnyńa von Lemberg am 30. April, von Czernowiz am 4. Mai; die letzte Mallepost pr. Strij und Radworna von Lemberg am 30. April, von Czernowiz am 4. Mai abgeht; die Courierpost von Lemberg am 1. von Czernowiz am 5.; die Post von Lemberg am 1., von Czernowiz am 5. Mai beginnt; die Mallepost zwischen Lemberg und Stanisław pr. Strij nach der neuen Ordnung zum ersten Male von Lemberg am 1., von Stanisław am 6. Mai, und die Gariolpost zwischen Stanisław und Kolomea über Radworna zum ersten Male von Stanisław am 2. und von Kolomea am 6. Mai abgefertigt wird.

Von der kais. kön. galizischen Postdirection.

Lemberg, am 20. April 1864.

3. 7536. Edict. (465. 3)

Ueber Ansuchen des Franz Reydich um Amortisirung zweier demselben angehörenden Grundentlastungs-Obligationen des Krafauer Verwaltungsgebietes Nr. 1055 und 3241 jede über 500 fl. C.M. sammt Coupons der erste am 1. Mai 1864, der letzte am 1. November 1873 fällig, werden vom Krafauer f. f. Landesgerichte mittelst gegenwärtigen Edictes, alle diejenigen, die irgendwelche Ansprüche auf diese Grundentlastungsobligationen oder auf deren Coupons zu haben vermaßen, aufgefordert, solche bezüglich der Obligationen binnen einem Jahre sechs Wochen und drei Tagen nach Kundmachung dieses Edictes, bezüglich der Coupons aber binnen drei Jahren vom Tage der Fälligkeit des letzten Coupons, d. i. vom 1. November 1873 gerechnet, hiergerichts darzuthun, widrigen jene Obligationen sammt Coupons für amortisirt erklärt werden würden.

Krafau, 26. April 1864.

L. 478. Edykt. (445. 3)

C. k. Sąd powiatowy Mogilski podaje do wiadomości, iż w dniu 3go Listopada 1863 w Warszawie Teofil Biernacki bez pozostawienia rozporządzenia ostatniej woli umarł. Ponieważ wiadomem nie jest, komu prawo do otworzonego spadku przysługiwa, przeto ustanowisz dla leżących masy c. k. Notaryusza p. Stefana Muczkowskiego kuratorem, i oddawszy mu zarząd i zastępstwo takowej — c. k. Sąd powiatowy wszystkich do powyższej masy z jakiegokolwiek bądź tytułu prawo mieć mogących wyzywa, ażeby w ciągu jednego roku zgłosili się, prawa swe wykazali, i oświadczenia przyjęcia spadku wnieśli, albowiem w przeciwnym razie postępowanie spadkowe przeprowadzonym, i spadek tym osobom przyznany zostanie, którzy się zgłoszą, a gdyby się nikt nie zgłosił, na rzecz Państwa jako bezdziedziczny przypadnie.

C. k. Urząd powiatowy Mogiła.
Kraków, dnia 9 Marca 1864.

N. 2024. Edykt. (446. 3)

Ces. król. Sąd obwodowy Tarnowski na prośbę Józefa Herz i Szymona Herz przeciw Dawidowi Herz, Jakóbowi i Leybie Herz o kwotę 600 złr. m. k. z przyn. rozpisuje publiczną sprzedaż połowy realności pod l. k. 1 i 2 w przedmieściu Tarnowskim Grabówce leżących, obecnie Dawida Herz, Jakóba Herz i Leyby Herz własnością będących, celem zaspokojenia powyższej kwoty 600 złr. m. k. z większej sumy 1000 złr. m. k. pochodzącej, wraz z kosztami egzekucji w ilości 5 złr. 37 kr. w. a. tudzież kosztami w kwocie 27 złr. 80 kr. w. a. obecnie przyznane, przeznacząc w tym celu trzy terminy, a to pierwszy na dzień 31 Maja 1864, drugi na dzień 28 Czerwca 1864 a trzeci na dzień 26 Lipca 1864, zawsze o godzinie 4 po południu pod następującymi warunkami:

- 1) Cene wywołania tej połowy realności stanowi wartość szacunkowa, dnia 29 Listopada 1858 w ilości 5914 złr. 94 kr. w. a. sądownie wypośrodkowana.
- 2) W pierwszych dwóch terminach sprzedana będzie owa połowa realności, tylko wyżej lub za cenę, przeciwnie zaś w trzecim terminie i niżej ceny wywołania.
- 3) Chęć kupna mający obowiązany jest złożyć do rąk komisji licytacyjnej, tytułem wadium kwotę 590 złr. w. a. w gotówce.
- 4) Kupiciel obowiązany jest w przeciągu dni 30 po doręczeniu sobie potwierdzenia licytacji, jedną trzecią część ceny kupna nabytej połowy realności N. k. 1, 2 po wliczeniu w nią

złożonego wadium, do depozytu sądowego w gotówce złożyć.

5) Reszta ceny kupna pozostaje przy kupicielu na hipotece kupionej połowy realności aż do czasu prawomocności wydać się mającej tabeli płatniczej, jednakże za opłatą 1/100 odsetków od téż do depozytu sądowego.

Co do reszty warunków licytacji, aktu oszacowania i wyciągu hypotecznego odsła się chęć kupienia mających do tutejszo-sądowej registratury, gdzie takowe przejrzane być mogą.

O czem strony spór wiodące i wierzycieli hypotecznych, jako to: 1. masę Leopolda Swo-body, 2. Samuela czyli Szmula Lakier i jego spadkobierców z miejsca pobytu niewiadomych, 3. masę leżącą Icka czyli Izaaka Herz, 4. Berela Herz, i jego spadkobierców z miejsca pobytu niewiadomych, 5. tych wierzycieli hypotecznych, którzy po dniu 18 Stycznia 1864 prawo hipoteki uzyskali, niemniej wierzycieli, którymby niniejsza uchwała z jakiegobądź powodu wcześniej doręczoną być nie mogła, przez kuratora w osobie p. Adw. Dra. Stojakowskiego z zastępstwem p. Adw. Dra. Serdy ustanowionego, — nareszcie 6. Dworę Lindenberger, 7. spadkobierców Sary Kohn, mianowicie: Jachmet Kohn, Jakóba Meilech i Ryfkę Kohn, na ręce ich opiekuna Mojżesza Herz, uwiadamia się.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.
Tarnów 6 Kwietnia 1864.

3. 3558. Edict. (470. 3)

Vom f. f. Kreisgerichte in Tarnow werden in Folge Einreichens der Maria de Lubienieckie Weiss bürgerlichen Besitzerin und Begüßberechtigten der im Tarnower Kreise liegenden, in der Landtafel Dom. 131, pag. 166 Dom. 236, pag. 301, n. 5 haer. vorkommenden Beget. Zukuska ad Siedliska behufs der Zumeißung des laut Auftrift der Krafauer kais. königl. Grundentlastungs-Ministerial-Commission vom 15ten März 1855, 3. 17252, für obiges Gut bewilligten Arbarial-Entlastungs-Capitals pr. 2573 fl. 37 1/4 kr. C.M. diejenigen, denen ein Hypothekrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgefordert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis zum 15. Juli 1864 bei diesem f. f. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden.

Die Anmeldung hat zu enthalten:

- a) die genaue Angabe des Ver- und Zunamens, dann Wohnortes (Haus-Nr.) des Anmelders und seines allfälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den gesetzlichen Erfordernissen versehene und legalisirte Vollmacht beizubringen hat;
- b) den Betrag der angeprochenen Hypothekarforderung, jenseit bezüglich des Capitals, als auch der allfälligen Zinsen, insofern dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Capitale genießen;
- c) die bürgerliche Bezeichnung der angemeldeten Post, und
- d) wenn der Anmelder seinen Aufenthalt außerhalb des Sprengels dieses f. f. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigenfalls dieselben lediglich mittelst der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen geführte Zustellung, würden abgefordert werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde, so angefahren werden wird, als wenn er in die Ueberweisung seiner Forderung auf den obigen Entlastungs-Capital-Vorbehalt nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß diese stillschweigende Einwilligung in die Ueberweisung auf den obigen Entlastungs-Capital-Vorbehalt auch für die noch zu ermittelnden Beträge des Entlastungs-Capitals gelten werde; daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldefrist Verjäuende verliert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein von den erschienen-

den Beteiligten im Sinne §. 5 des kaiserlichen Patentes vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer bürgerlichen Rangordnung auf das Entlastungs-Capital überwiesen worden, oder im Sinne des §. 27 des kais. Patentes vom 8. November 1853 auf Grund und Boden verpfändet geblieben ist.

Aus dem Rathe des f. f. Kreisgerichtes.
Tarnow, 7. April 1864.

3. 5155. Edict. (471. 3)

Vom Tarnower f. f. Kreisgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Alfred v. Bogusz unterm 20 April 1864 N. G. 3. 5155 Josef Rappaport eine Klage sammt Bitte um Zahlungsaufschub pro Wechselsumme pr. 2550 fl. ö. W. und Pränotations-rechtferigung angebracht, und um richterliche Hilfe gebeten, worüber dem Wechselschuldner Alfred v. Bogusz auf Grund des von ihm acceptirten bdo. 1. Mai 1861 zahlbaren Wechsels bdo. 13. Jänner 1860, aufgetragen wurde die Wechselsumme von 2550 fl. sammt 6% Zinsen vom 2. Mai 1861 dem Wechselinhaber Josef Rappaport binnen 3 Tagen bei sonstiger wechsellrechtlicher Execution zu bezahlen oder in derselben Frist die allfälligen Einwendungen bei Gericht anzubringen.

Da der Aufenthaltsort des Belangten gegenwärtig unbekannt ist, so hat das f. f. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Herrn Gerichtsadvokaten Dr. Grabczyński mit Substitution des Gerichtsadv. Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Verttheidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des f. f. Kreisgerichtes.
Tarnow am 27. April 1864.

L. 3609. Edykt. (444. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Chrzanowie czyni wiadomo, że na dniu 22go Marca 1862 r. Maryanna z Brzechwów Schweigerowa bez pozostawienia rozporządzenia ostatniej woli zmarła.

Sąd niewiedząc o pobycie spadkobierców jej brata Onufrego Brzechwy, wyzywa ich, aby się w przeciągu roku jednego zgłosili do spadku po Maryannie z Brzechwów Schweigerowej pozostałego w Sądzie tutejszym, w przeciwnym albowiem razie spadek ze zgłaszającymi się innymi spadkobiercami i z kuratorem dla nich w osobie tutejszego c. k. Notaryusza p. Horwatha ustanowionym, przeprowadzonymby został.

Z c. k. Sądu powiatowego.
Chrzanów, 27 Lutego 1864.

L. 2655. Edykt. (467. 3)

Ze strony c. k. Sądu powiatowego w Bięczu czyni się wiadomo, że w dniu 5 Listopada 1863 zmarł Jakób Szary w gminie Strzeszynie z pozostawieniem ostatniej woli rozporządzenia, którą dziedzicami swojemi ustanowił młodszego syna Cypryana Szarego, z prawem objęcia całej realności włościńskiej pod N. k. 86 w Strzeszynie położonej, i resztę pozostałych małoletnich dzieci: Dorotę, Klotyldę i Martę Szarych.

Gdy więc Sądowi pobyt najstarszego syna Wincentego Szarego wiadomy nie jest, wyzywa się tegoż, ażeby w przeciągu roku jednego licząc od dnia ogłoszenia niniejszego edyktu, w tutejszym Sądzie się zgłosił, i oświadczenie swoje do spadku swojego ojca wniósł, w przeciwnym bowiem razie spadek z resztą spadkobiercami, którzy się do niego zgłosili, i z kuratorem w osobie Jana Szarego dla niego ustanowionym pertraktowany będzie.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.
Bięcz, 9 Grudnia 1863.

N. 1869. Edykt. (472. 3)

C. k. Sąd obwodowy Rzeszowski niniejszem wiadomo czyni, iż pozwolona uchwała z dnia 24. Marca 1864 L. 291 przez c. k. Sąd obwodowy Tarnowski Drowi Karolowi Kaczkowskiemu, jako prawonabywcy Dra Adama Morawskiego w Tarnowie przeciw Karolinie Hr. Skorupkowej i Julii Hr. Krasiekiej w sprawie o 3150 złr. w. a. z. p. n. po potrąceniu na rachunek zapłaconej kwoty 1301 złr. 54 kr. w. a. licytacja dóbr Dąbrowica, w obwodzie Rzeszowskim, w powiecie Tarnobrzegskim położonych, Dom. 225, pag. 414 i 415, n. haer. 10 i 11 do Karoliny Hr. Skorupkowej należących, w dwóch terminach, dnia 4. (czwartego) Sierpnia 1864 i dnia 15. (piętnastego) Września 1864, zawsze o godzinie 9. przed południem pod następującymi warunkami odbędzie się:

Za cenę wywołania stanowi się sądownie oznaczona wartość szacunkowa dóbr Dąbrowicy z przyległościami w kwocie 78270 złr. 30 kr. w. a., niżej której te dobra w pierwszych dwóch terminach sprzedane nie będą.

Dobra te sprzedają się ryczałtem, z wyłączeniem wynagrodzenia za zniesione powinności urbarjalne już uzyskanego i przyznanego.

Każdy chęć kupna mający złożyć winien przed rozpoczęciem licytacji jako wadium kwotę 4000 złr. w. a. albo w gotówce, albo w listach zastawnych gal. stanów. Towarzystwa kredytowego, lub wreszcie w obligacjach rządowych wraz z należąciami do nich niezapadłymi kuponami i talonami, które będą przyjęte podług ostatniego ich kursu w gazecie rządowej krakowskiej zamieszczonego, nigdy jednak wyżej ich nominalnej wartości, — albo nareszcie w książeczkach wkładowych kasy Oszczędności Lwowskiej, Rzeszowskiej lub Tarnowskiej — która to przez kupującego złożona kwota do depozytu sądowego przyjęta — zaś wadya innych współfinansujących po skończonej licytacji tymże do rąk zwrócone będą.

W razie, gdyby te dobra w dwóch pierwszych terminach w cenę szacunkową lub nad téżę sprzedane być nie mogły, to na ten wypadek wyznacza się w moc §§. 148 i 152 U. S. i dekretu nadwornego z dnia 11. Września 1824 N. 46612 do wysłuchania wierzycieli hipotecznych względem ustanowienia zwalniających warunków na dzień 21. Września 1864 o godzinie 9. przed południem termin z tym dodatkiem, że niastawających tak uważać się będzie, jak gdyby do większości głosów stawających przystąpili byli.

Stronom chęć kupna mającym dozwala się wyciągnąć tabularny, akt oszacowania i inwentarz ekonomiczny dotyczący mających być sprzedanych dóbr Dąbrowica z przyl. w tutejszej registraturze przejrzeć, jako téż i warunki licytacyjne.

O rozpisaniu niniejszej licytacji zawiadomienie utrzymują a mianowicie z miejsca pomieszkania wiadomi wierzyciele do własnych rąk, — zaś z miejsca zamieszkania niewiadomi, — jako téż wszyscy ci wierzyciele, którzyby z pretensjami swymi po dniu 22 Grudnia 1863 do tabuli krajowej weszli i ci, którymby niniejszy edykt z jakiegobądź powodu albo zupełnie doręczonym nie był, lub téż w swym czasie doręczonym być nie mógł, przez edykta i kuratora.

Rzeszów dnia 15 Kwietnia 1864.

N. 7511. Edykt. (473. 3)

Ces. kr. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Edmunda De Lavaux iż przeciwnie i p. Ludwikowi De Lavaux Izrael Markin wniósł pozew, w załatwieniu tegoż pozwu poleca się pozwanym, aby zaskarżoną sumę wekslową 500 złr. w. a. z procentem po 6% od dnia 17 Lipca 1863 i kosztami podania 12 złr. 22 kr. w. a. w przeciągu dni trzech Izraelowi Markinowi zapłacili.

Gdy miejsce pobytu pozwanego p. Edmunda De Lavaux nie jest Sądowi wiadomem, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego Adw. p. Dra. Biesiadeckiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrać — i o tém ces. król. Sądowi Krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 25 Kwietnia 1864.

N. 2260. Edykt. (474. 3)

Ces. król. Sąd krajowy w Krakowie w dopełnieniu ostatniej woli rozporządzenia s. p. Franciszka Lampki w kodycyłu z dnia 27 Listopada 1855 umieszczzonego, dozwala dobrowolną sprzedaż realności pod l. 430 Dz. I., 628 Gm. V. w Krakowie położonej, dawniej księdza Franciszka Lampki własnej w drodze licytacji publicznej pod następującymi warunkami:

1. Licytacja tej realności odbywać się będzie w Sądzie tutejszym dnia 9go Czerwca 9go Lipca i 10 Sierpnia 1864 zawsze o godzinie 10tej zrana.
2. Za cenę wywołania ustanawia się wartość szacunkowa w ilości złr. 9116 kr. 46 w. a. Realność ta w powyższych terminach tylko za cenę szacunkową lub za wyższą od tej ceny sprzedana będzie.
3. Chęć kupna mający obowiązany jest przed rozpoczęciem licytacji złożyć 10tą część ceny szacunkowej t. j. 912 złr. w. a. jako wadium na ręce komisji licytacyjnej w gotówce lub w obligacjach państwa austr. albo indemnizacyjnych lub listach zastawnych galic. z kuponami i talonami według kursu ostatnim numerem gazety Krakowskiej urzędowej wykażać się mającego, jednakże nie wyżej nominalnej wartości, któreto wadium najwięcej ofiarującego zatrzyma się, i jeśli w gotówce złożone w cenę kupna się wliczy, wadya zaś innych licytujących po ukończeniu licytacji zwrócone im zostaną.
4. Chęć kupna mający mogą akt oszacowania i wykaz hypoteczny tej realności w registraturze c. k. Sądu krajowego przejrzeć lub w odpisie podnieść.

Kraków dnia 25 Kwietnia 1864.